

Saale-Beitung.

Anzeigen

werden die Spaltenbreite oder beim Raum mit 30 Wg., solche mit 20 Wg. besetzt, und in der Geschäftsstelle von untern Kinnahmedien und allen Annoncen-Expeditoren angenommen. Restanten die Seite 75 W. erscheint wöchentlich 60 Pfennig, Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich.

Schreibstube und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Brauhausstraße 17; Verlags-Geschäftsstelle: Platz 24.

Bezugspreis

Der Halle wöchentlich 2,50 M., bei monatlicher Zustellung 2,75 M., durch die Post 3,25 M., einschließlich Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen. Im antiken Zeitungs-Verzeichnis unter „Saale-Beitung“ eingetragen. Für die Redaktion verantwortlich: Schriftleiter Dr. Wilhelm Bucher in Halle. Erscheinungen von 10^h, bis 12^h, Uhr. (Erscheinungstag: 2. September Nr. 2533. — Geschäftsstelle Nr. 178.)

Wochensubskribenten-Antrag.

Nr. 454.

Halle a. d. Saale, Dienstag, den 27. September

1904.

Das Fazit von Bremen.

Der Verlust von drei Mandaten und der Rückgang der sozialdemokratischen Stimmen in zahlreichen Wahlkreisen ist für die Partei einen gewöhnlichen Vorfall der Welt ihrer schmerzhaften Wunden zu heilen. Es herrichte in Bremen auf allen Seiten eine hoffnungslose Lebereifrigkeit, sich untereinander eines anfeindlichen Tones zu befechtigen. Zwar verteidigte sich Vorwörter einmal dazu, dem Genossen Gieser „Verstöße“ vorzubringen, und von Leipzig her floßen gegen den „Bürger-Selbstmord“, den „Dornröschenprinz“ und „Oberhofmarschall des Zukunftsstaates“, den „Revolutionär der Gigerhölzer“ und „Schwabeisäule“, Anwürfe — so gutartig, als seien sie aus dem Schlaumunde des Dresdener Jungbrunnens aufgewühlt. Aber so rasch, wie sie ausgesprochen waren, war auch die Verzeihung bei der Hand. Im Spiegel von Dresden hatte man ein so häßliches Selbstverleumdung und Selbstkenntnis überweg. Um alles in der Welt neue Skandalisierungen vermeiden — das war die Stimmung, die den Parteitag auch in der Schlußfrage beherrschte. Nach außen sollte keine allen Umständen der Schuld der Partei gewahrt werden, und so wagte man nicht, mit der „Schiffenlei“ reine Bahn zu machen. Es hätte sonst allerlei Konsequenzen gegeben. Wie die „Leipziger Volkzeitung“ beizugehen hat, erweist sich, erweist sich die Partei einer großen Heißschifferei, die nur nicht mit ganz derselben Hartnäckigkeit ihre Privatansichten gegen das Parteiprogramm auszusprechen. Deshalb wurde lediglich die Krönung Schippels, nicht seine „Angriffsliste“ selber verdammt. Denn man hätte sich allseitig, grundsätzliche Fragen anzuschneiden, bei denen Individualismus und Revisionismus zum Vorschein kämen, und bewegte sich abseits auf den Gebieten, auf denen Einigkeit vorhanden ist. So verlief der Parteitag ruhig und ohne Sensationen.

Das man natürlich noch immer den Mund sehr voll nimmt, wenn man auf die eigene Parteierlichkeit zu sprechen kommt, von der allein in dieser bösen Welt noch etwas Gutes zu erhoffen ist, versteht sich von selbst. Darin ähnelt der Sozialist dem Katholikentag, dem er diesmal auch darin nachgezeit ist, daß er keine Blüten nach außen werfen hat und nur sauber gewaschen und glatt gemacht vor die Öffentlichkeit getreten ist. Aber damit läuft er auch die andere Gefahr der Katholikentage, für die Augenwelt gleichgültig und langweilig zu werden und seine Werkkraft zu verlieren. Bebel hat auf dem Parteitag behauptet, daß im öffentlichen Leben der bürgerlichen Gesellschaft heute kein einziger großer Gedanke mehr zu finden sei. Die bürgerliche Gesellschaft kann dem Sozialisten den Vorwurf nur zurückgeben. Wo waren das geistige Leben, die Anregung, die politisch fruchtbaren Gedanken, die Lösung aktueller Probleme der Gegenwart? Es ist immer nur der eine „große Gedanke“ der Vertiefung der Kluft zwischen dem Arbeitnehmer und der übrigen Gesellschaft — der Zertrümmerung des kapitalistischen Lohnsystems durch weiteres Anwachsen der Arbeiterpartei, der „Bereinigung der Arbeiterklasse von dem Doppelgock der ökonomischen und politischen Knechtung“. Unfruchtbarere Klassenpolitik, die von Verunglimpfung des Gegners und

von Verkennung wirtschaftlicher und sozialer Tatsachen lebt — die alle Punkte auf eine nebelhafte Zukunft zeigt und deshalb für die Gegenwart nicht tut, als auf diese Zukunft vorzubereiten — das ist der einzige große, leider ganz und gar nicht neue, sondern schon viel zu alte Gedanke, für den sich auch der Bremer Parteitag begeistert hat. Und darum bedeutet er für das geistige und politische Leben der Gegenwart herzlich wenig.

Aber für die Gegenwart wirken will, und sei es auch selbst im reinen Arbeiterinteresse, den sie vielmehr der Parteitag trau von sich. Es war bezeichnend, daß Ledebur brandenden Beifall in der Vernehmung fand, als er den Genossen Köster in sein Berlin mit den Worten „Woladosty-Politiker“, „Helfersheiler der bürgerlichen Parteien“ verpönte, weil er es empfohlen hatte, auch solchen sozialpolitischen Gesetzen zuzustimmen, die nicht sofort alle Wünsche der Partei erfüllten. Bebel dachte unter gleichem Beifall der Menge einen kommunistischen Genossen, der denselben arbeiterfreundlichen Vorstoß gemacht hatte, mit den Worten „hinterkommunistische, beinahe reaktionäre Taktik“ zu. Die soziale Fürsorge, die die liberalen Parteien als eine ihrer vornehmsten politischen Aufgaben betrachten, fertigte auch der Bremer Parteitag mit viel Haß und Verachtung ab, weil sie sich nicht in dem Tempo vollzieht, das der dröhnende Exzess der Arbeiterkassette angibt. Der Parteitag hat ein kommunales Programm entworfen, das zahlreiche langfristige von liberaler Seite aufgestellte Forderungen enthält, das aber das liberale kommunale Programm nur deshalb als „Selbstfindung des Liberalismus“, als „Stimmwässerpolitik“ und „bourgeoise Fablet“ verhöhnt, weil es nicht das Reichstagswahlrecht direkt auf die Kommunen übertragen will. Da müßte denn doch die Partei von Bremen sich erst einmal etwas gnädiger gegen die bestehende Gesellschaft gezeigt haben, ehe man ihr gutwillig das Recht in zahlreichen unserer Kommunen und die Verfügung über Gelder in die Hände spielte, von denen sie selbst das allerwenigste jagt. Zudem haben sozialpolitisch so freimütige Geister wie Birchow auch im Interesse der Kommunen selbst vor diesem Experiment gewarnt, das die Rechte der Selbstverwaltung schwer zu gefährden geeignet ist, weil die Regierungsmacht der Sozialdemokratie — wie zahlreiche Beispiele zeigen — die Behörden zu einem nie gelagerten Maß von Kontrolle der städtischen Verwaltungen veranlassen würde. Außer diesen Utopien sind die möglichen und erreichbaren Forderungen auch vom Liberalismus gestellt worden.

Auch in der Schulfrage läßt die Sozialdemokratie mit ihrem „großen Gedanken“ von der alleinigen Herrlichkeit der Arbeiterpartei diejenigen im Stich, die sich heute tatkräftig und aufrichtig der drohenden Gefahr einer rückwärtsgerichteten Entwicklung unseres Schulwesens entgegenstellen. Man geht — denn das kostet ja nichts — lässlich ab über das Leipziger jugendliberale Schulprogramm weit hinaus und verlangt Vereinfachung des Religionsunterrichts aus der Volksschule, begnügt sich im übrigen mit einer Revolution, die das liberale Schulprogramm, weil es zu Unerschwinglichkeit seiner Hand nicht bietet, verunglimpft, und das Werk der Arbeiterpartei verberichtet, die „einst“ allein die unter der Knechtschaft der herrschenden Klassen schmachthafte Schule „befreien“ wird. Warum greift man denn nicht gleich heute frisch und frohlich ein, wo es so nötig ist zu helfen?

Das aber die Fundamente des künstlichen Gebäudes der Arbeiterpartei, die einst der Welt ihre Gesetze vorzeichnen wird, doch in recht sanftem Boden gelegt sind, das beweist die sogleiche Zurückbildung der ganzen Partei, als sie nicht nach ihrem Vordringen machte die Disziplin in der deutschen Arme durch sozialistische Krönungen, die untergeordnet die „Gullottierung“ dieses Antrages, der gerade die ersten Parteiführer am raschesten herbeiziele, beizugehen. Denn man vor dieser Einrichtung der sonst so verständig behandelten gegenwärtigen Gesellschaftsordnung hat, praktisch sieht die Arme noch immer als ein noli me tangere da, das der Sozialismus nur zum eigenen Schaden angreifen kann. Es war klug, das man wenigstens in diesem Punkte sich vor den harten Tatsachen beugte. Würde diese vorläufige Zurückbildung ein günstiges Vorzeichen sein, das man auch in anderen Fragen etwas mehr Verständnis für die Gegenwart bekommt und damit die tiefe Kluft überbrückt, die auch nach dem Tage von Bremen die Klassenpartei der Arbeiter von der bürgerlichen Gesellschaft, dem Liberalismus von der Sozialdemokratie scheidet.

Deutsches Reich.

Gesetz und Verordnungsblätter.
Der Kaiser hat das Abgleichsgesetz des Kapitän a. S. v. Grunme unter Stellung des Beschlusses z. B. v. Grunme unter Stellung des Beschlusses genehmigt.

Im Verhältnis des Eintritts des Fliegeradjutanten in des Reiches, Kapitän a. S. v. Grunme als Leiter der nördlichen Abteilung in die Verwaltung der Hamburg-Amerikanische Schifffahrt der Westlicher Vertreter der „Frankf. Ztg.“ gegenüber der Ansicht, als ob dieser Seemann gewöhnlichen als Vertrauensmann des Staates und zu irgendwelchen besonderen Zwecken in die Direktion ihrer Gesellschaft kommandiert werden, deren oberster Leiter doch schon gewöhnlich für einen Vertrauensmann des Staates gilt. Herr v. Grunme ist schon neun Jahre lang Fliegeradjutant gewesen. Kein Offizier bleibt dauernd in solcher Stellung, er muß auch einmal in den Front- und Vordienst zurück. Diese Zeit dürfte für Herrn v. Grunme sehr angenehm gewesen sein, und es lassen sich Gründe vorfinden, die gegen denselben, aus dem ein gewöhnlicher Dienst so lange ununterbrochenen Flieger in solchem Amte nicht abgelehnt und sich eine seinen bisherigen Dienst und seinen Fähigkeiten entsprechende private Tätigkeit wünscht. So liegt der Fall. Herr v. Grunme tut, was andere höhere Militärs schon vielfach getan haben. Seine langjährige Stellung in der Leitung des Reiches, die Befähigung, die er dabei mit den großen Schiffsahrtsgesellschaften gewonnen hat, namentlich auch seine Tätigkeit bei der Schifffahrt in Ausland haben ihm natürlich den Übergang in eine leitende Stellung der Hamburg-Amerikanische erleichtert.

Der Kaiser Ludwig Wilhelm in Bayern ist von seinem Hausverhältnis soweit wieder genesen, daß er das Zimmer verlassen an. Er tritt in nächster Zeit einen längeren Erholungsurlaub an.

Das Mitglied des Staatsrats, Freiherr Christian von Massenbach, früherer Reichsministerpräsident von Marienwerder, ist gestern auf seinem Rittergute Konin bei Blumne gestorben.

Der künftige Landwirtschaftsminister.

Auf dem üblichen Wege, durch die „Ständige Zeitung“ unter freierwilliger Vermittlung des „Wolffischen Bureau“, wird die Ernennung des Wortgebenden Rats in der Reichsversammlung, Herr Geh. Ober-Regierungsrat v. Conrad zum Landwirtschaftsminister im Reichswirtschaftsministerium bekannt gegeben. Die Nachricht

Heimleton.

[Nachdruck verboten.]

Die deutsche Bürgerwohnung. Eine Studie zur Umzugszeit.

Von Dr. Arthur Pletsch.

Der Oktober ist bei uns der hauptsächlichste Umzugszeit — ein Termin, dem zahllose Familien mit Klagen entgegengehen und auf den sie nur zu oft später ohne Befriedigung zurückblicken. In der Tat ist wohl in Deutschland die Zahl der in einer Mietwohnung hausenden Familien, die mit ihrer Befahrung wirklich zufrieden sind, eine recht geringe; und diese Unzufriedenheit hat doch nicht nur in einer übertriebenen Einteilung der Mieter zur Kritik, sondern hauptsächlich darin ihren Grund, daß die deutsche bürgerliche Mietwohnung fast durchweg erblich, ich möchte sagen: konstitutionelle Mängel zeigt. Das eine Eigenwohnung (wie man in Hamburg so sagen pflegt) nicht die Vermittlung und Bequemlichkeit bieten kann, wie das in England übliche Einfamilienhaus, liegt auf der Hand; daß sie aber bei uns in der Regel erheblich unvollkommener ist, als es bei den gegebenen Verhältnissen nötig wäre, das geht daraus hervor, daß die deutsche Bürgerwohnung, wie sie ist, weniger aus den natürlichen Bedürfnissen des bürgerlichen Lebens heraus organisch erwächst, als vielmehr nach gewissen dekorativen und repräsentativen Kriterien heraus gestaltet worden ist, deren einziger Zweck die Veranschaulichung der weltlichen praktischen, hygienischen und gesellschaftlichen Nachteile verdammt.

Die verhängnisvollste dieser dekorativen Mängel ist die die auf die Architektur der Fassade. Für die Fassaden einer Wohnung ist zwar die Fassade ganz ohne Bedeutung und sind nur die Wohnräume selbst von Wichtigkeit. Und doch ist es eine nicht wegzudisputierende Tatsache, daß die Räume der deutschen Bürgerwohnung sich nach der Fassade richten mußten. Die Fassade des modernen Großstadt-Mietshauses hat ihre Formgebungen der italienischen Palastarchitektur entlehnt;

wenn wir die Straßen unserer Städte durchstreifen, so sehen wir uns überall vor solchen Mietpalast mit Säulen, Nischen, Stulpturen — und vor allem mit vielen hohen Fenstern, wie sie der italienische Renaissancefakultät liebt. Nicht wahr hat zuerst mit allem Nachdruck darauf hingewiesen, daß unsere Bürgerwohnung diesem Palastfächer die Ausbildung ihrer Räume zu ihrer heutigen Höhe verdammt, während die heimische Tradition der deutschen Bürgerwohnung fast überall weißlich niedrige Zimmer aufweist. Traten wir in ein solches altes deutsches Bürgerhaus mit seinen niedrigen Räumen, so haben wir sogleich die Empfindung einer Trübseligkeit, die kein moderneres hohes bürgerliches „Palast“-Zimmer geben kann. Und dies Gefühl ist keineswegs nur ein historisches Sentiment, sondern sachlich durchaus berechtigt. Denn in einem solchen Räume erhebt der typenbewußte Mensch, was er auch tut und wo er auch geht, als der Herr; in unserer Bürgerwohnung wird er erdrückt. Hier erheben sich hohe statische Gestalten kleiner, dort selbst bewegliche Statuen. Hier ist es, möchte man sagen, der Raum, dort der Mensch, der herrscht, — welches dieser beiden Verhältnisse das richtige und natürliche ist, bedarf keiner Auseinandersetzung. Knüpft man aber an die alte deutsche Zimmerform an, die unendlich geeigneter ist, „Heimleben für Menschen“ zu beherbergen (wie Zibens „Vannmeister Solch“ sagt), so fällt damit auch ohne weiteres das Palastfächer, das breite niedrigere Fenster der alten deutschen Baukunst tritt wieder in sein Recht und die Fassadenarchitektur entwickelt sich, wie es billig und natürlich ist, aus den Innenräumen — nicht umgekehrt! Nun wird wohl behauptet, daß die größere Zimmerhöhe hygienisch vorteilhafter sei. Allein selbst Fröhlich und Müllerbach, die in ihrem sehr nützlichen und geschulten Werk „Das gesunde Haus“, die Wohnfläche ausschließlich unter hygienischen Gesichtspunkten betrachten, verlangen nur 3 Meter Zimmerhöhe, während die Normalhöhe der modernen Wohnung 3 1/2 Meter beträgt. Und selbst die 3 Meter-Forderung erachtet ich für übertrieben, da in niedrigeren Zimmern, besonders auch durch die größere Räumlichkeit und Handlichkeit der breiten, niedrigen Fenster, sich die Erneuerung der Luft viel rascher und gründlicher erreichen läßt, als in den hohen. Ich habe selbst moderne Wohnungen mit

Zimmern von etwa 2 1/2 Metern Höhe gesehen und bin über andere von ihren dauernden Bewohnern unterrichtet worden, die in hygienischer Beziehung sich in Jahren durchaus günstig bewährt haben. Dagegen hat das „Palast“-Zimmer im Winter den empfindlichen Nachteil, daß die Wärme sich oben ansammelt und man in ihnen leicht kalte Füße haben kann, während an der Decke eine Hitze von 25 Grad herrschen mag. Da das heute niedrige Fenster auch eine ungleich zweckmäßigere und angenehmere Lichtzuführung vermittelt, so dürfen die Vorteile eines 2 1/2 bis 2 3/4 Meter hohen Bürgerzimmers auch in hygienischer Hinsicht die eines Raumes von 3 1/2 Meter Höhe bedeutend überwiegen.

Wie sich aber hierin der Geist einer falschen Repräsentation als wirksam erweist, so auch in der Bestimmung der einzelnen Räume. Die besten, geräumigen und sonnigen Zimmer der deutschen Bürgerwohnung sind der Repräsentation vorbehalten, so jenen unglücklichen „Gerechten-Zimmer“ und „Salon“, ohne den die deutsche Hausfrau nun einmal nicht auskommen zu können meint, obgleich er den größten Teil des Jahres frozig und im Schmutz wohlverpackter Möbel den Gipfel der Ungelegenheit darstellt. Als Schlafzimmer dagegen, in denen wir ein Drittel unseres Daseins verbringen, sind sonnenlos, gesundheitslich bedenkliche Zimmer bestimmt. Vom Erlaß für diesen Nachteil werden jene Repräsentationsräume aus reichliche mit einem falschen Schmutz ausgepumpt. Keine Studentenarbeit an den Türen, prägende Wollstoffdecken in den Ecken, prunkvolle Raumtöpfe von roter und geschmacklos Arbeit. Alle diese Dinge sind nicht allein häßlich, sondern sie verteuern den Wohnungsraum auch empfindlich. Eine schickliche helle Decke, ein gemächlicher einfacher, solider Sackelofen sind geschmackvoller und billiger. Allein immer wieder hören wir in der deutschen Bürgerwohnung auf das Grundmotiv: „Scheinen wollen“. Diese Studierstube, diese lieblichen Dekorationsmalereien (die etwa die Attribute eines wütenden Nimrods im Hause eines friedlichen Bürgers darstellen, der noch nie eine Platte in der Hand gehabt hat), diese überladenen Türen — sie alle fordern einen Palast vorzuziehen und uns das schlichte Bürgerhaus vergessen machen. Allein

